

Antrag 160/II/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verwenden statt Verschwenden von Lebensmitteln – Abgabe für Supermärkte beim Wegwerfen**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus soll sich für die
2 Einführung eines Bußgeldes für Lebensmittelgeschäfte
3 einsetzen, wenn diese Lebensmittel ungenießbar machen
4 oder noch genießbare Lebensmittel (wie beispielsweise
5 Backwaren oder Gemüse) wegwerfen. Dies soll in Anlehnung
6 an die noch umzusetzende Beschlusslage des Bundeskongresses
7 der Jusos aus 2016 (Antrag U3) und an die Empfehlung
8 „Verpflichtende Weitergabe von genießbaren Lebensmitteln
9 durch den Lebensmitteleinzelhandel“ des Bürgerrates
10 „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und
11 staatlichen Aufgaben“ (Drucksache 20/10300) geschehen. Das
12 Bußgeld soll für alle Supermärkte und andere Lebensmittelgeschäfte
13 ab einer Größe von 400 Quadratmetern gelten und 10% des Verkaufswerts
14 der entsorgten Lebensmittel betragen. Hierfür sollen
15 Kontrollen durchgeführt werden.

16
17
18 Die fünf größten Lebensmittelkonzerne haben in
19 Deutschland einen Marktanteil von 75%, ihre Nettogewinne
20 stiegen insbesondere während der Pandemie gewaltig und die
21 Besitzer*innen gehören zu den Top-Milliardär*innen in
22 Deutschland. Das Verschwenden von Lebensmitteln dient
23 einzig der Gewinnmaximierung, auch wenn die Konzerne
24 sich einen anderen Umgang mit Lebensmittelabfall leisten
25 könnten.

26
27 Das Bußgeld soll als Anreiz für Lebensmittelgeschäfte dienen,
28 nicht regulär verkaufbare Lebensmittel unentgeltlich an
29 gemeinnützige Organisationen (Berliner Tafel, Stadtmission
30 etc.) abzugeben und damit die gesellschaftliche Nutzung
31 der Ressource sicherzustellen. Die Regelung soll die
32 Versorgung von Tafeln und ähnlichen Einrichtungen mit
33 Lebensmitteln fördern, um diesen zu ermöglichen, die
34 Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Lebensmitteln
35 effektiver und besser zu bewältigen. Dazu muss die
36 Regelung so formuliert sein, dass sie alle Akteur*innen,
37 vor allem allerdings die gemeinnützigen Organisationen,
38 nicht durch zu viel Bürokratie oder Anforderungen überfordert.

39
40 Außerdem muss die Regelung sicherstellen, dass alle
41 Haftungsfragen lückenlos geklärt sind und dass der
42 Weitergabeprozess von Lebensmitteln weder für
43 Lebensmittelhändler*innen noch für gemeinnützige
44 Organisationen mit Risiken oder hohen Kosten verbunden
45 ist. Dabei soll sichergestellt werden, dass voraussichtliche
46 und tatsächliche Kosten nicht an die Konsument*innen
47 ausgelagert werden.

48